



UB Braunschweig

84



2301-583-6

Entwurf

einer

Advokaten-Ordnung

für das

Herzogthum Braunschweig.

Bibliothek
der Verlagsbuchhandlung
Friedrich Vieweg und Sohn
Hannover

Braunschweig,

Druck und Papier von Friedrich Vieweg und Sohn.

1849.



I. Von den Advokaten und Anwälten, ihren Rechten und Pflichten.

§. 1.

Das Amt des Advokaten besteht darin, vor Gericht in mündlichen Vorträgen die Rechte der Partei auszuführen.

Das Amt des Anwalts besteht darin, die Partei vor Gericht zu vertreten, alle zur Regelmäßigkeit des Verfahrens erforderlichen Anträge und Handlungen vorzunehmen, die Haupt-handlung vorzubereiten, endlich auch in allen außergerichtlichen Angelegenheiten Rechtshilfe zu gewähren.

Zum Anwalt kann nur derjenige ernannt werden, der bereits als Advokat aufgenommen ist. Er erhält dann die Benennung Advokat=Anwalt.

§. 2.

Die Zahl der Anwälte in den einzelnen Kreisen soll nach dem Bedürfnisse durch eine Verordnung festgesetzt werden, die Zahl der Advokaten ist unbeschränkt.

§. 3.

Dem Advokat=Anwalt wird bei seiner Anstellung sein Wohnort am Sitze eines Kreis=gerichts angewiesen, nur aus Rücksicht auf das Interesse des Publikums kann ihm ein Wohnort am Sitze eines Amtes vom Ministerium gestattet werden.

Von dem ihm angewiesenen Wohnsitze darf derselbe wider seinen Willen nicht versetzt werden.

II. Erfordernisse zum Amte eines Advokaten und Anwalts und Ernennung zu demselben.

§. 4.

Zur Advokatur berechtigt ist jeder Staatsbürger, der das 21. Lebensjahr vollendet und die vorgeschriebenen Prüfungen bestanden hat. Die wirkliche Zulassung erfolgt vom Staatsministerium auf Vorschlag der Advokatenkammer.

Jeder Advokat hat zwei Staatsprüfungen zu bestehen. Hat er die erste bestanden, so ist er nach geschieder Zulassung bei den Aemtern, Stadtgerichten und Kreisgerichten die Advokatur auszuüben berechtigt.

Vor Ablauf von fünf Jahren nach geschieder Zulassung hat er sich zur zweiten Staatsprüfung zu melden und dabei nachzuweisen, daß er mindestens zwei Jahr bei einem Advokat-Anwalt oder einem Gerichte gearbeitet hat.

Das Bestehen dieser Prüfung berechtigt ihn ohne Weiteres zur Ausübung der Advokatur bei allen Gerichten des Landes.

Hat er sich vor Ablauf dieses Zeitraumes nicht zur zweiten Prüfung gemeldet oder solche nicht bestanden, so wird er aus der Zahl der Advokaten gestrichen.

III. Rechte und Pflichten.

§. 5.

Von den zum Berufskreise der Advokaten und Anwälte gehörenden Geschäften ist jeder Andere ausgeschlossen.

Nur für einzelne Handlungen bei Aemtern und Stadtgerichten sind andere Bevollmächtigte, jedoch ohne Anspruch auf Vergütung, zulässig. Eine denselben gegebene Vergütung kann zurückgefordert werden.

§. 6.

Die Disziplinargewalt über die Advokaten und Anwälte wird ausschließlich von der Advokatenkammer ausgeübt, mit alleinigem Vorbehalt der dem Richter bei den gerichtlichen Verhandlungen zustehenden Polizei im Gerichtsfokale.

§. 7.

Der Anwalt kann bei der Uebnahme einer Sache einen angemessenen Vorschuß und nach dessen Verbrauch jederzeit einen neuen verlangen; wird dieser nicht rechtzeitig gezahlt, so kann er seine Thätigkeit versagen oder einstellen.

§. 8.

Zahlungsbefehle über die Kostenrechnungen der Advokaten und Anwälte erlassen die Gerichte der Hauptsache und zwar, wenn rücksichtlich der in der Taxe nicht absolut bestimmten Ansätze für gerichtliche Geschäfte oder rücksichtlich der Ansätze für außergerichtliche Geschäfte Streitigkeiten über deren Betrag entstehen, nach vorgängiger Festsetzung durch die Advokatenkammer.

§. 9.

Der Anwalt darf ein ihm angetragenes, zu seinem Berufskreise gehörendes Geschäft nur aus erheblichen, bei entstehender Streitigkeit von der Advokatenkammer als solchen anerkannten Gründen ablehnen oder niederlegen.

§. 10.

Alle eine Abweichung von der Gebührentaxe enthaltenden Privatverträge zwischen dem Klienten und dem Advokaten oder Anwalt sind verboten und ohne jede Wirkung.

§. 11.

Rücksichtlich der Armensachen gelten die in dem Anhang A. enthaltenen Bestimmungen.

§. 12.

Rücksichtlich derjenigen Advokaten und Anwälte, welche jetzt bereits ein Amt versehen oder ein Gewerbe betreiben, hat es dabei sein Bewenden, in der Folge aber dürfen sie kein anderes Geschäft betreiben, und nur wenn örtliche Verhältnisse es erfordern mit besonderer Bewilligung des Herzogl. Staatsministeriums nach eingeholtem Gutachten der Advokatenkammer ein Amt mit übernehmen.

Die Verordnung vom 19. Juli 1827 wird, soweit sie die Anwälte betrifft, aufgehoben. Es ist ihnen zwar unbenommen, die darin erwähnten Geld- und andern Negozen zu betreiben, jedoch nur gegen ein nach der Taxe für außergerichtliche Geschäfte zu bestimmendes Honorar.

IV. Advokatenkammer.

§. 13.

Die Advokaten und Anwälte des Herzogthums bilden eine Korporation, vertreten durch die dem Herzogl. Staatsministerium unmittelbar untergeordnete Advokatenkammer.

§. 14.

Die Advokatenkammer hat folgenden Geschäftskreis:

- 1) Die innere Ordnung unter den Advokaten und Anwälten aufrecht zu erhalten, bei Pflichtverletzungen nach vorgängiger Aufforderung zur Verantwortung. Disziplinarverfügungen zu erlassen und Disziplinarstrafen zu erkennen.

- 2) Den Streitigkeiten, wozu die Amtsführung der Advokaten oder Anwälte Veranlassung geben möchte, sowohl der Partei als Dritten gegenüber vorzubeugen oder eine gütliche Beilegung zu versuchen und auf Antrag eines oder mehrerer Betheiligten ein Gutachten über die Begründung der Beschwerde und die daraus entspringende Entschädigungsverbindlichkeit des Advokaten oder Anwalts abzugeben.
- 3) Ueber die Streitigkeiten rücksichtlich der Ansprüche der Advokaten oder Anwälte auf Honorar oder Auslagen Gutachten abzugeben.

§. 15.

Die Advokatenkammer ist folgende Disziplinarstrafen zu erkennen berechtigt:

- 1) Warnungen,
- 2) Schriftlichen Verweis,
- 3) Geldstrafen bis zu 100 Thaler,
- 4) Verweis vor versammelter Kammer,
- 5) Androhung der Suspension.

§. 16.

Die Advokatenkammer hat ihren Sitz am Orte des Appellationsgerichts; sie besteht aus neun Mitgliedern, von welchen der Kreis Braunschweig drei, der Kreis Wolfenbüttel zwei, und die übrigen vier Kreise jeder eins aus den in denselben angestellten Advokat-Anwälten, und zu gleicher Zeit einen Stellvertreter, jedoch ohne jene Beschränkung, erwählt.

§. 17.

Die Wahl erfolgt nach relativer Stimmenmehrheit durch die sämtlichen Advokaten und Anwälte. Die durch den Vorsitzenden der Advokatenkammer oder einen von ihm zu beauftragenden Advokat-Anwalt zu leitenden Wahlen geschehen auf drei Jahre, und das Herzogl. Staatsministerium wird von deren Ergebnis benachrichtigt. Das Ausbleiben der Wahlberechtigten ohne genügende Entschuldigung hat eine Geldstrafe von 5 Thln. zur Folge. Nur wiedererwählte Mitglieder der Advokatenkammer können die Wahl für das Mal ablehnen, andere nur aus triftigen Gründen, worüber die Advokatenkammer entscheidet. Bei eintretendem Todesfalle eines Kammermitgliedes wird eine Neuwahl für dasselbe und den Stellvertreter ausgeschrieben, bis zu deren Ausführung dieser für dasselbe eintritt.

§. 18.

Die Advokatenkammer wählt mit absoluter Stimmenmehrheit aus ihren Mitgliedern einen an ihrem Orte wohnhaften Vorsitzenden, einen Stellvertreter desselben und zwei Schriftführer, wovon einer das Geschäft des Kassensührers übernimmt.

Die Mitglieder der Kammer sind beständige Delegaten derselben für ihren Wahlkreis, sie können von dem Vorsitzenden mit allen dort vorkommenden Geschäften beauftragt werden, und es ist ihre Obliegenheit, der Kammer von Allem Anzeige zu machen, was zu deren Wirkungskreise gehört.

§. 19.

Die Kammer beschließt nach absoluter Stimmenmehrheit, und ist beschlußfähig, wenn mindestens fünf Mitglieder anwesend sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet in Disziplinarstrafsachen die gelindere Meinung; wo dies aber nicht anwendbar ist, so wie in anderen Fällen giebt der Vorsitzende den Ausschlag.

§. 20.

Die Advokatenkammer versammelt sich so oft der Vorsitzende dieselbe zusammenruft. Die Mitglieder müssen erscheinen oder ihre Stellvertreter dazu auffordern, dies der Kammer anzeigen, und zugleich Gründe ihres eigenen Ausbleibens anführen. Wird etwas hievon versäumt, so verfällt der Ausbleibende in eine Strafe von 2 bis 5 Thlr., ebenso der ohne genügende Entschuldigung ausbleibende Stellvertreter.

§. 21.

Jährlich im Monat findet eine vom Präsidenten auszuschreibende allgemeine Advokaten- und Anwalt-Versammlung Statt, worin die versammelte Kammer über ihre Thätigkeit in dem verflossenen Jahre berichtet, die Kassenrechnung vorlegt und die von Standesgenossen etwa zu machenden Vorschläge zur Verbesserung der Stellung und Abhilfe von Mängeln anhört. Das Protokoll wird gedruckt und dem Herzogl. Staatsministerium, dem Oberstaatsanwalt, sowie den sämtlichen Gerichten des Herzogthums mitgetheilt.

§. 22.

Die durch die Geschäftsführung der Advokatenkammer entstehenden Kosten werden von den sämtlichen Advokaten und Anwälten aufgebracht; ein Advokat-Anwalt trägt doppelt so viel bei, als ein Advokat. Die sämtlichen Strafgelder fließen ebenfalls in die allgemeine Kasse.

§. 23.

Die sämtlichen Advokaten und Anwälte haben den Beschlüssen und Verfügungen der Kammer Folge zu leisten. Diese hat das Recht, dieselben durch die von ihr zu requirirenden Gerichte unmittelbar vollstrecken zu lassen, oder nach Befinden gegen den Ungehorsamen wegen der Nichtbefolgung Disziplinarstrafen zu verfügen, und wenn selbst die nach §. 15 zulässige Androhung der Suspension fruchtlos bleiben sollte, bei der zuständigen Behörde die Suspension oder selbst die Entlassung vom Amte zu beantragen.

§. 24.

Die Kammer führt ein Siegel und genießt Portofreiheit.

V. Transitorische Bestimmungen.

§. 25.

Die zur Zeit der Publikation der Advokatenordnung bereits angestellten Advokaten werden sämmtlich, wenn sie nicht zum Notariatsamte übergehen, Advokat-Anwälte. Diejenigen, welche die Advokatenprüfung bestanden haben, ohne jedoch schon angestellt zu sein, sind ohne Weiteres zur Advokatur berechtigt und können, wenn sie die Reihe trifft, ohne weitere Prüfung zu Advokat-Anwälten ernannt werden.

§. 26.

So lange nicht die Zahl der Anwälte auf die vorgeschriebene Normalzahl gesunken sein wird, soll nur bei jeder dritten Erledigung ein Anwalt neu aufgenommen werden. Daß ein Anwalt, der zugleich Notar ist, jenes Amt aufgibt, um dieses beizubehalten, gilt nicht für eine Erledigung.

§. 27.

Ein Anwalt, der zugleich Notar ist, und letzteres Amt in Folge der neuen Einrichtung niederlegt, hat demnächst, wenn in seinem Kreise eine Notariats-Erledigung entsteht, das Recht, unter Niederlegung der Anwaltschaft in dieselbe einzutreten. Bei mehreren Gleichberechtigten giebt das Alter des früheren Notariats-Patents den Vorzug. Bei gleichem Alter entscheidet das Loos.

§. 28.

Sofort nach Publikation dieser Ordnung hat in jedem Kreise des Herzogthums ein vom Herzogl. Staatsministerium damit zu beauftragender Advokat die Wahlen der Mitglieder der Advokatenkammer unter Zuziehung selbstgewählter Gehilfen und Schriftführer vornehmen zu lassen. Die Wahlen der Kammerbeamten bringt das älteste Kammermitglied zur Ausführung.

§. 39.

Die nächsten Wahlen sollen zwei Jahr nach der ersten vorgenommen werden.

A.

Ueber das Armenrecht.

In mehreren Ländern, wo das öffentlich-mündliche Verfahren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten längst einheimisch ist, z. B. in England und Frankreich, kennt man das Armenrecht nicht. In Frankreich ist dessen Einführung mehrfach beantragt, der Justizminister hat sich jedoch dagegen erklärt, weil nach den Erfahrungen in andern Ländern das Armenrecht häufig zur schändlichsten Schikane wider die Gegenpartei gemißbraucht werde, während anderer Seits eine arme Partei, die eine gerechte Sache habe, einen Advokaten finden würde, der ihr Rechtshilfe gewährte, und einen Anwalt, der die Sache leite und die nöthigen Auslagen für sie machen würde.

Da jedoch unsere Zustände sowohl als unsere Gewohnheiten der gänzlichen Abschaffung des Armenrechts widersprechen, so können wir uns jene Einrichtungen nicht zum Muster nehmen und werden daher das Armenrecht beizubehalten haben.

Dagegen ist es nicht zu verkennen, daß dasselbe einer durchgreifenden Verbesserung bedarf.

Durch die Ertheilung des Armenrechts werden die Interessen des Staats, der dadurch die von der armen Partei zu entrichtenden Sportel- und Stempelgebühren verliert, die Interessen der Advokaten und Anwälte, die dadurch ihr Deservit verlieren, endlich die Interessen der Gegenpartei, die dadurch in eine ungleiche Stellung zu der armen Partei kommt, erheblich betheiligt.

Das zuletzt gedachte Interesse ist das erheblichste. Häufig gehören die armen Parteien den untersten Volksklassen an, es fehlt ihnen oft nicht bloß eine klare, sondern mitunter eine jede Vorstellung vom Rechte oder Unrechte, und ihre Anschauung wird zu einer fixen Idee, von der sie durch nichts in der Welt abzubringen sind. Eine andere Klasse der armen Parteien gehört zu den Menschen, bei denen das Prozessiren zur Leidenschaft geworden ist, sie haben vielleicht ihr Vermögen und alle Lust zur bürgerlichen Thätigkeit verprozeßirt, verfolgen nun, mit dem Armenrechte gewaffnet, ihre Schimären durch Prozesse und werden so eine Geißel für die Gerichte, die Rechtsbeistände und ihre Gegner. Endlich giebt es auch eine Klasse, die mit

Bewußtse in ungegründete Ansprüche gegen Andere verfolgt, theils um sie aus Rache in Prozesse zu verwickeln, theils in der Hoffnung, durch einen Vergleich etwas zu erpressen.

Solchen Widersachern gegenüber befindet sich die wohlhabende Partei in einer beklagenswerthen Lage, denn da jene nichts dabei zu verlieren haben, so treiben sie regelmäßig die Sache bis auf's äußerste, versuchen jedes Rechtsmittel und lehnen oft die billigsten Vergleiche ab.

Ist daher das Armenrecht beizubehalten, so muß man daneben den oben erwähnten Interessen in soweit Rechnung tragen, daß dasselbe

- 1) nicht ohne hinreichende Gründe und sorgfältige Sachprüfung ertheilt,
- 2) ein offenbar gemißbrauchtes entzogen wird.

Unsere Gesetzgebung, sowohl in den ältern Ordnungen als in dem Reskripte des Landesgerichts v. 1. Juli 1827. (Bege 2. 107) hat diese Rücksicht vor Augen. Die Gerichte haben vermöge eines ihnen ertheilten beständigen Kommissoriums über die Ertheilung des Armenrechts zu entscheiden, die Zeugnisse der Verwaltungsbehörden über die Vermögenslosigkeit sollen dabei nur als eine Grundlage dienen, das gemißbrauchte Armenrecht soll entzogen werden.

Diese Bestimmungen würden ausreichend sein, wenn sie nach ihrem Geiste vollzogen würden. Bei dem in unserm jetzigen Gerichtsverfahren vorherrschenden büreaukratischen Mechanismus aber, und da die Sache eigentlich gar nicht zu den richterlichen Geschäften gehört, ist die Praxis die, daß das Armenrecht auf Grund eines Armuthszeugnisses unterschiedslos ertheilt wird, und man sich um das Benehmen der armen Partei im Laufe der Sache regelmäßig gar nicht kümmert.

Um nun diesen Uebelständen abzuhelpfen, muß man denjenigen eine Einwirkung einräumen, die das nächste Interesse dabei haben, also dem Staate, den Rechtsbeiständen, der Gegenpartei.

Die Grundlage des Armenrechts ist natürlich das Unvermögen der armen Partei, Kosten zu bezahlen, ohne sich und den Ihrigen die Mittel zum nöthigen Lebensunterhalte zu entziehen. Ein Zeugniß über eine solche Lage ist also die unerläßliche Bedingung der Ertheilung desselben. Auszustellen ist dasselbe mit Angabe der Gründe nach vorgängiger Prüfung von denjenigen Behörden, die nach ihrer Stellung die beste Kenntniß davon haben können, worüber nach der Erlassung der Gemeindeordnung und der übrigen die Landesverwaltung betreffenden Gesetze das Nähere zu bestimmen sein wird. Eine Beschwerde über die Verweigerung des Zeugnisses würde im Wege des Rekurses durch die Verwaltungshierarchie gehen, z. B. an den Amtsausschuß u. s. w.

Es kann nun aber der Fall vorkommen, daß ein solches Zeugniß versagt wird, während die Sache keinen Aufschub leidet, indem z. B. die arme Partei verklagt ist und Fristen laufen, oder sie selbst jemand bei Gefahr im Verzuge belangen will. Für diesen Fall würde ihr, auf den Grund des erhaltenen abschlägigen Bescheids statt des Armenrechts eine vorläufige

Stundung der Gerichtsgebühren zu ertheilen und zugleich eine Präjudizialfrist zur Nachweisung des verfolgten Rekurses zu setzen sein. Speziellere Bestimmungen, namentlich rücksichtlich der Ausführung, lassen sich erst bei endgültiger Feststellung des Gerichtsverfahrens und der Verwaltung aufstellen.

Da nun die Befreiung von einer Staatsabgabe, und etwas anderes ist das Armenrecht nicht, wesentlich der Verwaltung angehört und der Richter künftig nur Rechtsprüche abgeben soll, so ist die Entscheidung über die Ertheilung des Armenrechts auf Grundlage eines Armutshzeugnisses wohl am zweckmäßigsten dem öffentlichen Ministerium beizulegen. Dieses hat sowohl die Echtheit des beigebrachten Zeugnisses, als die darin enthaltenen Gründe zu prüfen und wenn sich Erinnerungen gegen diese finden, bei der ausstellenden Behörde Einsage zu thun und allenfalls im Wege des Rekurses zu verfolgen.

Ist das Zeugniß in Ordnung, so ertheilt das öffentliche Ministerium das Armenrecht. Findet dasselbe die Sache der armen Partei offenbar unbegründet oder ungerecht, so kann es dasselbe in einem motivirten Bescheide abschlagen, wogegen der Rekurs an den Oberstaats-Anwalt und das Ministerium zulässig ist.

Da sich im Laufe der Sache die Vermögensumstände der armen Partei ändern können, so erscheint es nothwendig, dieselbe von Jahr zu Jahr ein Zeugniß beibringen zu lassen, daß sich dieselben nicht verändert haben. Das öffentliche Ministerium ist berechtigt, von amtswegen oder auf Antrag der Gegenpartei auch in der Zwischenzeit desfallige Erkundigungen einzuziehen.

Sollte die arme Partei im Laufe der Sache das Armenrecht mißbrauchen, z. B. durch offenbar böswilliges Leugnen, durch Mißbrauch von Angriffs-, Vertheidigungs- und Rechtsmitteln, durch Ablehnung von Vergleichen, deren Annahme ihre eigenen Rechtsbeistände ihr anrathen, so kann das öffentliche Ministerium derselben von amtswegen oder auf Antrag der Interessenten und vorbehältlich des Rekurses das Armenrecht entziehen.

Uebrigens ist das Armenrecht seinem Wesen nach nur eine Stundung der Kosten bis zu besseren Vermögensumständen, bei deren Eintritte dieselben daher jederzeit nachgefordert werden können.

Soviel die Rechtsbeistände der armen Partei betrifft, so werden wir das bestehende Recht festhalten müssen, wonach dieselben für ihre Dienstleistungen für die arme Partei nichts fordern können, so lange dieselbe nicht in solche Vermögensumstände kommt, die den Staat zur Einforderung der Gerichtsgebühren berechtigen.

Davon ausgenommen müssen aber alle baaren Auslagen bleiben, z. B. Porto, In= scriptionskosten, Schreiberlohn. Diese muß die Armenkasse der Gemeinde der armen Partei be= zahlen, und hierin soll ein Antrieb liegen, es mit der Ertheilung von Armuthszeugnissen nicht gar zu leicht zu nehmen.

Jene Verpflichtung der Rechtsbeistände, der armen Partei unentgeltlich ihre Dienste zu leisten, tritt ein, wenn sie die Sache für dieselbe angenommen haben. Ob man sie aber zwingen soll, das Mandat zu übernehmen, darüber haben wir Folgendes zu sagen.

Der Entwurf der Zivil-Prozeß-Ordnung §. 5 zwingt die Advokaten zur Uebernahme der Sachen der armen Parteien in ihrem Kreise, §. 8 sagt, es sei denjenigen Parteien, welche bei Bestellung eines Anwaltes Schwierigkeit fänden, ein solcher vom Gerichte zu bestellen. Jener §. bezieht sich unmittelbar, dieser mittelbar auf die arme Partei.

Wir sind dagegen der Ansicht, daß wie überhaupt, so auch rücksichtlich der armen Partei, weder ein direkter noch ein indirekter Zwang dazu stattfinden muß.

1) Es ist kein praktisches Bedürfniß zu einer solchen Bestimmung vorhanden. Es ist bis jezt in der Praxis durchgehends so gewesen, daß die arme Partei sich an irgend einen Anwalt gewandt hat, und es möchten wenig Beispiele vorgekommen sein, daß dieser bloß aus dem Grunde, weil die Partei arm, seinen Beistand versagt hätte. Die Fälle, daß die Ge= richte einen Armenanwalt von amtswegen bestellt haben, dürften zu den Ausnahmen gehören, und außerdem werden in vielen dieser Fälle die armen Parteien sich gar nicht an einen An= walt, sondern unmittelbar an das Gericht gewandt haben.

Man kann auch den Anwälten soviel Rechtsgefühl und Anstand zutrauen, daß sie eine Partei bloß darum, weil sie arm ist, nicht zurückweisen werden, es ist wenigstens kaum denk= bar, daß alle Anwälte eines Gerichtskreises eine solche Gesinnung haben sollten.

Schlimmsten Falles würde die Advokatenkammer, wenn ein Anwalt einer Partei bloß wegen ihrer Armuth seinen Beistand versagte, den Fall vor ihr Forum ziehen können.

2) Wenn ein Rechtsbeistand einmal kleinlich genug dächte, eine arme Partei bloß wegen ihrer Armuth zurückzuweisen, so würde er auch einer amtlichen Bestellung aus dem Wege gehen können. Er brauchte nämlich bloß zu erklären, er habe kein Vertrauen zu der Sache, er halte sie für keine gerechte oder gute, und man wird ihn dann zu deren Annahme nicht leicht zwingen können, denn Sachen zurückzuweisen, von denen er eine solche Ansicht hat, dazu ist er sittlich und amtlich verbunden, und da er dabei nur seiner Ueberzeugung und subjektiven Ansicht zu folgen hat, so wird ihn, streng genommen, Niemand um die Gründe fragen, und noch weniger, wenn diese ihm auch nicht triftig erscheinen, trotz derselben zur Uebernahme der Sache zwingen können.

Wir stimmen daher für die Aufhebung eines jeden Zwanges.

Will man aber demnach einen äußeren Zwang, so verpflichte man die Anwälte im Allge= meinen, Armensachen zu übernehmen. In solchen Gerichtskreisen, wo die Zahl der Armen=

sachen sehr groß ist, überlasse man es ihnen selbst, durch freie Uebereinkunft eine gleichmäßige Vertheilung, wobei die freiwillig übernommenen mitzählen müssen, anzuordnen, und falls sie sich nicht darüber einigen können, übertrage man der Advokatenkammer die Anordnung.

Die Advokaten nehme man jedoch von der Verpflichtung, Armentsachen zu übernehmen, ganz aus, denn wenn man, eben weil die reine Advokatur mehr Sache der freien Wissenschaft ist und an die Kunst angrenzt, den Advokaten grundsätzlich nicht zwingen will, Sachen gegen seine Neigung und Ueberzeugung handwerksmäßig zu plädiren, so ist kein innerer Grund vorhanden, die Armentsachen davon auszunehmen. Der einzige Rechtfertigungsgrund für eine solche Ausnahme könnte nur der sein, daß man sagte: »der Reiche wird wohl für sein Geld immer einen Advokaten finden, nicht aber der Arme, der nichts zu bieten hat.« Es ist aber hart, so etwas von den Advokaten überhaupt vorauszusetzen. Mag es auch einzelne geben, die eine solche Gesinnung haben, so wird es auch an solchen nicht fehlen, die uneigennützig eine Ehre darin setzen, ihren armen Mitbürgern in ihren Rechtsachen unentgeltlich beizustehn.

Dann endlich bedenke man das Verhältniß, das zwischen Partei und Anwalt entsteht, wenn man diesen zwingt, jener zu dienen.

Man würde den Rechtsbeiständen folgerichtig auch das Recht einräumen müssen, rücksichtlich des ihrer Partei ertheilten Armenrechts Einsage zu thun, ihre besseren Vermögensverhältnisse nachzuweisen, u. s. w. Allein wir stimmen nicht dafür, weil es zu der Stellung der Rechtsbeistände nicht paßt.

Bei eingetretenen besseren Vermögensumständen der Partei ihr Deservit nachzufordern, muß den Rechtsbeiständen zwar freistehen, jedoch nur dann zugelassen werden, wenn die Staatsbehörde behuf der Nachforderung der Gerichtsgebühren solche nachgewiesen hat. Diese möchte aber zu verpflichten sein, den Rechtsbeiständen davon jederzeit Kenntniß zu geben.

Der Gegner der armen Partei im Prozesse hat das Recht, gegen das ertheilte Armenrecht sowohl wegen mangelnder Begründung als wegen veränderter Umstände, als endlich wegen Mißbrauchs bei dem öffentlichen Ministerium Einsage zu thun, welches verbunden ist, auf dieselbe, wenn es sie für begründet hält, pflichtmäßig Rücksicht zu nehmen. Gegen einen ablehnenden Bescheid steht dem Antragsteller der Refurs zu.

Daß die unterliegende und zur Kostenersatzung verurtheilte arme Partei dieserhalb ihrem Widersacher im Prozesse gegenüber keine besondere Vorrechte hat, versteht sich von selbst.

Um aber die Gleichheit im Prozesse möglichst herzustellen, sind die Gerichts- und Stem-

pelgebühren auch für die wohlhabende Partei anzuschreiben, und nur in soweit demnächst zu bezahlen, als sie solche, wäre ihr Gegner nicht arm, hätte auslegen müssen, ohne sie von jenem wiedererstattet zu erhalten.

Wird aber die wohlhabende Partei endgiltig zur gänzlichen oder theilweisen Erstattung der Kosten des ganzen Prozesses oder eines Theils desselben verurtheilt, so hat sie in soweit auch die für die arme Partei angeschriebenen Kosten, sowie die ihres Anwalts und Advokaten zu bezahlen, und letztere erhalten auf diese ein selbstständiges Recht, gegen welches Einreden aus der Person ihrer Partei nicht zulässig sind.

Vergleiche Allgem. Preuß.-Gerichts Ordn. I. 23 §. 30 bis 41.

Der Fall ist ziemlich häufig, daß eine arme Partei sich mit ihrem Gegner vergleicht, eine Abfindungssumme von ihm erhält, solches vor ihrem Anwalte und dem Gerichte verheimlicht, und so jener und der Fiskus verkürzt werden. Hingegen dürften folgende Maßregeln zu treffen sein:

1) Dasjenige, was die arme Partei in der Hauptsache oder der Kosten wegen erstreitet, wird auch ohne besondere Verabredung und Notifikation an den Gegner so betrachtet, als sei es den Rechtsbeiständen für den ganzen Belauf dessen, was sie demnächst von der armen Partei zu fordern berechtigt sind, im voraus zebirt, so daß der Gegner durch eine ohne Zustimmung der Rechtsbeistände an die arme Partei geleistete Zahlung insoweit nicht befreiet wird.

2) Wird der Gegner der armen Partei ganz oder theilweise in die Prozeßkosten verurtheilt, oder durch irgend eine Uebereinkunft dazu verpflichtet, so wird dadurch den Rechtsbeiständen der armen Partei, nicht aber dieser ein Recht darauf erworben, und nur an jene können sie mit der Wirkung der Befreiung gezahlt werden. Werden dieselben ohne deren Zustimmung an die arme Partei gezahlt, so sind beide Theile den Rechtsbeiständen solidarisch und ohne die Rechtswohlthat der Theilung oder Vorausklagung deshalb verpflichtet.

3) Erstreitet die arme Partei den Prozeßgegenstand ganz oder theilweise, jedoch die Prozeßkosten entweder gar nicht oder nur einen Theil derselben, so ist sie verbunden, zunächst ihre Rechtsbeistände vollständig oder doch theilweise zu befriedigen soweit dies geschehen kann ohne sie zu drücken. Ob sie dazu überhaupt im Stande sei und in welchem Maße, wird im streitigen Falle im höchst summarischen Verfahren durch das Gericht der Hauptsache nach billigem Ermessen entschieden.

4) Wenn die Rechtsbeistände befriedigt sind, hat der Fiskus die nämlichen in einem gleichen Verfahren zu entscheidenden Rechte.

5) Wenn ein Vergleich ohne Vorwissen der Anwälte geschlossen oder das darin der armen Partei Angelobte ohne Vorwissen ihrer Rechtsbeistände an jene ausbezahlt wird, so haben die Rechtsbeistände immer, und ohne die No. 3 ausgedrückte Rücksicht auf die Um-

stände der armen Partei einen Anspruch auf einen verhältnißmäßigen Antheil an demjenigen, was diese erhalten hat, welches dann auf die gestellte Forderung der armen Partei und die Deservitforderung der Rechtsbeistände verhältnißmäßig vertheilt wird. Beide Parteien haften dafür solidarisch, vorbehältlich jedoch der laut No. 3 möglicher Weise höheren Ansprüche der Rechtsbeistände.

6) Der Fiskus und die Rechtsbeistände können von beiden Parteien die Manifestation des geschlossenen Vergleichs durch Edition der darüber aufgenommenen Urkunde, von der ein instrumentirender Notar unentgeltlich eine stempelfreie Ausfertigung erteilen muß, sowie durch Eid verlangen.

7) Gegen die Ansprüche auf die den Rechtsbeiständen der armen Partei von dem Gegner zukommenden Kosten, können nur solche Kosten, welche von dem Gegner in dem nämlichen Prozesse rechtskräftig erstritten sind, zur Kompensation gebracht werden.

